

WIRTSCHAFT & POLITIK



So wird investiert

65 % des Geldes aus dem Konjunkturpaket II – rund 400 Mio. Euro – fließen in den Bildungsbe- reich (Schulen, Kitas, Hochschu- len). Den Rest verwendet Berlin für die energetische Sanierung von Gebäuden, Lärmschutzmaß- nahmen, andere Bauprojekte (Bürogebäude, Rathäuser) oder für Sanierungsmaßnahmen in den Bereichen Kultur (Kammermusik- saal) und Sport (Jahn-Sportpark).

2009 und 2010 stehen insgesamt 638 Mio. Euro zur Verfügung. Davon kommen 500 Mio. Euro vom Bund, 138 Mio. Euro steuert das Land Berlin aus dem Investiti- onsfonds bei.

„Engpässe im Baugewerbe? Das ist absurd.“

Für die schleppende Mittelvergabe aus dem Konjunkturpaket II wurden die zuständigen Bezirks- und Senatsverwaltungen in den vergangenen Monaten oft kritisiert. Doch die Behörden weisen jeden Vorwurf zurück – und machen jetzt die Baubranche teils selbst dafür verantwortlich.

Finanzsenator Ulrich Nußbaum wiederholte zwar kürzlich, das Konjunkturpaket II werde zügig umgesetzt. Tatsächlich vergeben ist aber bisher erst rund ein Drittel aller geplanten Aufträge, stellte die Handwerkskammer fest. Dabei sollen bis zum 30. November 2009 – so hat es der Senat angekündigt – 40 Prozent des Auftragsvolumens von insgesamt 638 Mio. Euro vergeben sein. Bereits im März wählte ein Steuerungsgremium aus Senat und Bezirken 788 Projekte aus, die mit den Millionen aus dem Konjunkturprogramm finanziert werden sollen. Gleichzeitig wurde festgelegt, wer wofür verantwortlich ist. Der Plan war gut. An der Umsetzung hakt es.

Geringe Beteiligung in Lichtenberg

Das sieht Lichtenbergs Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Andreas Prüfer, allerdings anders. Nach seiner Ansicht sind nicht lange Verwaltungswege der Grund für die zögerliche Vergabe, sondern angebliche „Engpässe im Baugewerbe“. Obwohl viele Berliner Unternehmen aufgefordert wor-

den seien, hätten sich weniger beteiligt als gewünscht, sagte Prüfer. Außerdem seien die abgegebenen Angebote oft übersteuert. Der Bezirk habe deswegen einige Verfahren noch einmal neu aufschreiben müssen. Der Wirtschaftsstadtrat machte dafür „fehlende Kapazitäten der Baubetriebe“ verantwortlich.

„Das ist absurd, damit soll nur eigenes Unvermögen verdeckt werden“, antwortet Wolf Burkhard Wenkel, Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft (FG) Bau. Er kritisiert die „Trägheit und Unbeweglichkeit der Behörden“, die sich auch in Krisenzeiten nicht geändert haben. Die meisten Aufträge gehen an das Ausbaugewerbe, an Fensterbauer, Maler oder Sanitär- und Heizungsbauer, nicht an das Bauhauptgewerbe.

„Engpässe im Baugewerbe gibt es nicht. Wenn die Vergabestellen immer nur die selben Firmen ansprechen, ist es klar, dass diese irgendwann genug Arbeit haben. Warum informieren uns die Bezirke nicht? Wir können sofort eine große Anzahl von

Betrieben nennen, die Aufträge suchen“, so Wenkel.

Externe Planungsbüros beauftragen

Warum eine bessere Verständigung zwischen Verwaltung und Fachverbänden so schwierig ist, fragen sich viele Unternehmer. Wer noch nicht im Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge (ULV) eingetragen ist, sollte dies schnell nachholen, rät die Handwerkskammer. Aus dieser Liste schöpfen die Vergabestellen und fordern Betriebe gezielt auf, ein Angebot abzugeben.

Auch die Handwerkskammer Berlin macht seit langem auf die schleppende Abwicklung in den Vergabestellen aufmerksam und dringt auf personelle Verstärkung. Um den Zeitplan nicht noch mehr in Verzug geraten zu lassen, sollten Bezirke und Senatsverwaltungen zusätzlich externe Fachkräfte einsetzen und die Vergabe an erfahrene Planungs- und Projektbüros abgeben, fordert Handwerkskammerpräsident Stephan Schwarz.